

Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP)

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

joel.blunier@evppev.ch

www.evppev.ch

Bundesamt für Energie
3003 Bern

27. Oktober 2005

Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung von Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie

Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Evangelische Volkspartei der Schweiz (EVP) nimmt zum Bundesbeschluss und zum Kernenergiehaftpflichtgesetz (KHG) wie folgt Stellung:

Grundsätzlich begrüsst die EVP die Totalrevision des KHG und stimmt einer Erhöhung der Schadendeckungssumme zu. Auch ist sie der Meinung, dass die revidierten Übereinkommen von Paris und Brüssel, die gleiche Voraussetzungen für die Entschädigungsleistungen und gleiche verfahrensrechtliche Vorschriften bringen, ratifiziert werden sollen.

Die **Schadendeckungssumme von 2.25 Mia Fr.** (Art.8, Abs.2) erachtet die EVP jedoch als **viel zu tief**. Folgende Überlegungen stehen zu Grunde:

- Unsere Kernkraftanlagen liegen (im Vergleich zum Ausland) in sehr dicht besiedelten Gebieten.
- Der Bund leistet nach wie vor sehr grosse Beiträge direkt und indirekt an die Kernenergie (dies vor allem auch im Vergleich zu Leistungen zugunsten anderer Energieträger).
- Die effektiv entstehenden Kosten würden bei einem grossen Schadenfall ein Mehrfaches der vorgeschlagenen Deckungssumme ergeben. Dadurch würde der Bund und damit die Bürger übermässig belastet.
- Allein der Rückbau eines KKW würde voraussichtliche Auslagen in Milliardenhöhe ergeben.
- Deutschland hat vergleichsweise für seine Kernanlagen Haftungsbeiträge bis zu 2.5 Mia Euro (entspricht 3.75 Mia Fr.) vorgeschrieben.
- Beim ohnehin tiefen Preis für Atomstrom wäre eine Erhöhung bei grösserer Schadendeckungssumme sowohl für die Wirtschaft wie für die Konsumenten verträglich und entspräche

zudem besser der Kostenwahrheit (zu der die effektive Deckung von Risiken ohnehin längst dazu gehörte).

Unsere Forderung zu Artikel 9:

Die Schadendeckungssumme ist zu erhöhen. Sie soll 3.75 Milliarden Fr., also die Summe wie sie in Deutschland vorgeschrieben ist, betragen.

In Bezug auf die **Erlasse von vier neuen Verordnungen** betreffend Kernanlagen hat die EVP folgendes wichtiges Anliegen:

Es ist zwingend **eine periodische Verjüngung und Erneuerung von aussen für das Personal von Kernanlagen und Kontrollinstanzen** vorzusehen.

- Nur so kann eine gute Durchmischung in den Gremien erreicht werden.
- Dadurch fliessen stets neues Wissen und Erkenntnisse in die Prozesse ein.
- Dadurch können Routine und daraus resultierende Fehler besser vermieden werden.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Prüfung unserer Überlegungen und hoffen, dass unsere Anliegen in der überarbeiteten Fassung Eingang finden.

Mit freundlichen Grüssen

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Dr. Ruedi Aeschbacher

Nationalrat



Joel Blunier